

II-1601 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 785/J

1980 -10- 14

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. STIX, DR. OFNER, DVW. JOSSECK, PROBST  
an die Bundesregierung

betreffend Zivilschutz - angemessener Beitrag der Bundesregierung zu  
einem umfassenden Schutzraumbauprogramm

In einer an die Bundesregierung gerichteten schriftlichen Anfrage vom 18.6. d.J. (Nr. 616/J) haben die gefertigten Abgeordneten eindringlich darauf hingewiesen, daß die Forderung des in Österreich bisher größlich vernachlässigten Schutzraumbaus ein Anliegen von übergeordneter Bedeutung und staatspolitischer Dimension darstelle, welches der Bundesregierung - ungeachtet der bestehenden Kompetenzaufteilung - weit mehr abverlange als bloßes Administrieren, nämlich echte Initiativen bzw. konkrete Maßnahmen.

In der gegenständlichen Anfragebeantwortung (646/AB) wurde u.a. ausgeführt, daß sich die Bundesregierung der Bedeutung, die dem Schutzraumbau im Rahmen einer umfassenden Landesverteidigung zukommt, bewußt sei, daß eine Lösung des damit verbundenen finanziellen Problems aber nur dann vorstellbar erscheine, "wenn ein Konsens aller Gebietskörperschaften auf breiter Ebene gefunden werden kann und vor allem bei der Bevölkerung die notwendige Unterstützung findet".

In dieser Feststellung sowie in dem Vorhalt, daß "ein großangelegtes Schutzraumbauprogramm aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und finanziellen Möglichkeiten derzeit nicht durchführbar" sei, besteht der eigentliche Kern der Anfragebeantwortung, da die übrigen Hinweise lediglich punktuelle Maßnahmen in Teilbereichen betreffen, die den Anfragestellern ohnehin seit langem bekannt sind.

Daß eine wirklich ausreichende Finanzierung des Schutzraumbaus einen Konsens auf breiterster Ebene zur Voraussetzung hat, ist ebenso unbestritten wie die Tatsache, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und finanziellen Möglichkeiten einem großangelegten Schutzraumbauprogramm derzeit im Wege stehen.

- 2 -

Gerade wegen dieser derzeitigen Hindernisse erscheint es ja so dringend geboten, daß die Bundesregierung von sich aus die Initiative ergreift. Hier sei wiederholt, was bereits in der schriftlichen Anfrage vom 18.6.d.J. nachdrücklich festgestellt wurde: "Genau dort, wo verantwortungsbewußte Politik eben mehr ist als verwalten, dürfen bestehende Kompetenzabgrenzungen nicht den Charakter unübersteigbarer Hürden für zielführende Aktivitäten haben, müssen Mittel und Wege gefunden werden, ein im vitalen Interesse aller Österreicher liegendes Ziel zu verwirklichen. Was hier not tut, ist eine enge und initiative Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, wofür etwa Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG den entsprechenden Rahmen abgeben können."

Genau auf diesen entscheidenden Gesichtspunkt geht die Anfragebeantwortung überhaupt nicht ein, und auch die konkrete Frage, ob die Bundesregierung bereit sei, zugunsten eines forcierteren Schutzraumbaues im ganzen Bundesgebiet von sich aus initiativ zu werden, wurde lediglich mit dem Hinweis auf Gespräche auf der Ebene des Arbeitsausschusses "Z" abgetan, die zwischen den Zentralstellen und den Bundesländern bereits im Gange seien. Es ist klar, daß solche auf Beamten- und Funktionärsebene bestehenden Kontakte, so nützlich sie sein mögen, kein Ersatz für einen echten politischen Anstoß von Seiten der Bundesregierung sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

1. Werden die Möglichkeiten einer Initiative der Bundesregierung zugunsten eines forcierteren Schutzraumbaues im ganzen Bundesgebiet ehst im Rahmen einer Ministerratssitzung eingehend beraten werden?
2. Bis wann wird die Bundesregierung einen Maßnahmenkatalog bezüglich ihres Beitrages zu einem umfassenden Schutzraumprogramm vorlegen?